

ALLES - UND ZWAR SUBITO

D. Schaufelberger

Der Video-Aktivist Heinz Nigg hat ein dickes Buch mit DVD und eigener Website herausgegeben, das sich mit den Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihren Folgen befasst.

Nigg war Lehrbeauftragter des Ethnologischen Seminars der Uni Zürich und Initiant eines Videoprojekts, in dessen Verlauf am 30. Mai 1980 die Eskalation der Demo gegen den Opernhauskredit und für die sofortige Freigabe der Roten Fabrik als Kulturzentrum gefilmt wurde. Da dieser Eskalation eine erste heftige Krawallnacht folgte, wird das Datum des 30. Mai allgemein als Beginn der sogenannten Jugendunruhen in Zürich und, kurz darauf, in mehreren Schweizer Städten angenommen. Der durch seine Darstellung der polizeilichen Unverfrorenheit stark emotionalisierende Videofilm wurde in der Folge einige Male vorgeführt, ehe dies durch ein Verbot des damaligen Vorstehers der kantonalen Erziehungsdirektion, Alfred Gilgen, unterbunden wurde. Mit der Begründung, es gehe nicht an, im Zuge staatlich finanzierter Forschungsarbeit Propaganda gegen eben diesen Staat und seine RepräsentantInnen herzustellen.

Dieser Vorfall, der, nebenbei, die Politisierung und Radikalisierung einer nicht geringen Zahl von StudentInnen auslöste, ist symptomatisch für das damals herrschende repressive Klima, in Zürich, in der Schweiz, in Westeuropa. Im April des selben Jahres hatten sich in Amsterdam sogenannte KraakerInnen (HäuserbesetzerInnen) und Polizei heftige Gefechte geliefert, nachdem im Zuge der „Stadtsanierung“ etliche Häuser geräumt und abgebrochen worden waren. Vergleichbares trug sich auch in mehreren Deutschen Städten zu. In Italien tobten Kämpfe um die autonomen Centri Sociali. Vernunftgläubige PolitikerInnen und Personen des öffentlichen Lebens mahnten zum Dialog mit der „wildgewordenen Jugend“. Sie stiessen damit sowohl bei einem Grossteil der MachthaberInnen, die im Ganzen (inklusive Friedensbewegung) einen vom kommunisti-

schen Erzfeind UdSSR angezettelten Angriff zur Destabilisierung Westeuropas sahen, aber auch bei vielen der „Unzufriedenen“, die sich nicht ein weiteres Mal mit Worten abspeisen und verarschen lassen wollten, auf taube Ohren. Die Repression nahm also zu und damit wurden auch die Angriffe auf „das System“ heftiger. Zu betonen ist hier, dass es sich dabei meist um symbolische Angriffe handelte, mit kleineren und grösseren Sachschäden als Folge.

Die UrheberInnen bezweckten damit nicht, das weltweit herrschende Ausbeutungsverhältnis aus den Angeln zu heben, auch wenn sie es noch so gern gewollt hätten. Es war den meisten klar, dass es dazu mehr gebraucht hätte. Vielmehr ging es einerseits um Fun beim Rauslassen des Frusts, um Racheakte, um symbolische Warnungen, andererseits war es von ganz praktischem Nutzen, während schwerer Auseinandersetzungen in der Innenstadt irgendwo in der Agglomeration zuzuschlagen, um die Kräfte der Bullen zu verzetteln. Taktische Sachbeschädigungen also.

Die Frage der legitimen Anwendung von Gewalt war denn auch eine immer wiederkehrende Diskussion unter den Bewegten, ihren SympathisantInnen und KritikerInnen sowie in den Medien. Die Frage ist heute noch hochaktuell. Sie wird häufig dazu missbraucht, Bewegungen, wie jetzt wieder die Anti-WTO-Bewegung, zu spalten.

All dies und vieles mehr versucht Nigg in seinem Buch zu thematisieren. Anhand von AktivistInnen-Portraits, die in der WoZ vorabgedruckt wurden, anhand von Dokumenten wie Flugblättern, zeitgenössischen Medienberichten, Analysen und Interpretationsversuchen. Anhand auch, und das ist sehr interessant, der Rezeption und Reflexion in den Medien anlässlich des zwanzigsten „Jahrestages“ im Mai 2000, sowie etlicher Mails und Zuschriften, die darauf Bezug nehmen. Spannend auch die zur Buchveröffentlichung gehörige Website, wo auch Reaktionen von LeserInnen publiziert werden. Des weiteren hat Nigg in Zusammenarbeit mit Memoriv und dem Schweizerischen Sozialarchiv ein 45-minütiges Kompilationsvideo zusammengestellt, das einen Überblick über die „Bewegungsvideos“ aus Basel, Bern und Zürich ermöglichen soll. Die Kompilation ist dem Buch als DVD beigelegt. Ein Wort zu Memoriv: So nennt sich die Vereinigung zur Erhaltung des Audiovisuellen Kulturguts in der Schweiz. Sie ermöglichte es, mehr als hundert Videobänder, die Bezug nehmen auf die kulturelle Aufbruchstimmung der Achtziger Bewegung sowie deren Auswirkungen bis in die frühen Neunzigerjahre, vor dem



Zerfall zu retten und zu archivieren. Gut zu wissen, dass sich da wer drum kümmert.

Zu welchem Fazit kommt denn das Buch im Bezug auf die Bewegung? So eindimensional, dass sich diese Frage einfach beantworten liesse, gehen die Beitragenden nicht mit der Geschichte um. Vielmehr wird zu differenzieren versucht. Es wird der Verlauf der Ereignisse und ihre damalige Rezeption analysiert. Es werden mögliche Gründe für das Scheitern eruiert. Häufig fällt dabei der Begriff „Heroin“, wobei klar ist, dass sich das Scheitern nicht auf eine Ursache reduzieren lässt und auch, je nach den ursprünglichen Ansprüchen und Hoffnungen der ProtagonistInnen, sehr unterschiedlich eingeschätzt wird. Bis hin zur Negierung der Niederlage, mit dem Verweis auf das erfolgte kulturelle Tauwetter Ende der Achtziger- und in den Neunzigerjahren. Die heutige Dominanz der Spassgesellschaft mit ihren ganzen Auswüchsen wird ursächlich mit der Bewegung und ihren Zielen verknüpft, was mir als Leser doch zu einigen zynischen Nebengedanken Anlass gibt.

Überhaupt stört mich an den ganzen Einschätzungen die häufig geäusserte, Achtzig sei im Gegensatz zu Achtundsechzig eine diffuse, unreflektierte, spontanistische, weitgehend unpolitische „Aus-dem-Bauch-heraus-Bewegung“ gewesen. Meiner Meinung nach trifft das höchstens für eine kurze Anfangsphase im Sommer 1980 zu. Nach den ersten heftigen (Augen-)Verletzungen, auf Polizeiposten den Leuten gebrochenen Armen und solchen Horrors mehr, stellten sich



Wir wollen alles, und zwar Subito
Heinz Nigg (Hrsg.)
Limmat Verlag
www.sozialarchiv.ch/80





die entsprechenden politischen Fragen ziemlich schnell und ziemlich konkret. In was für einem Staat lebten wir da? Wer hatte da die Macht, und warum? Der theoretische marxistische oder anarcho-syndikalistische Ansatz der AchtundsechzigerInnen war vielen von uns gar nicht so fremd, wie fälschlicherweise oft berichtet wurde. Vielmehr galt es, ihn zu aktualisieren und in konkrete Praxis umzusetzen. Die ganzen antiimperialistischen Kämpfe in der BRD der Siebzigerjahre waren nicht spurlos an uns vorbeigegangen, ebensowenig die Autonomie-diskussion in Italien. Aus alledem galt es eine neue langfristige Perspektive zu entwickeln. Dass sich diese nicht auf das Erkämpfen eines Kulturzentrums beschränken könne, war lange Zeit unumstritten.

Eine gewisse Spaltung diesbezüglich erfolgte im Zug der Alltagsprobleme beim Betrieb der eroberten Zentren. Schnell war klar, dass dadurch zu viele Kräfte gebunden wurden, die dringend für die Weiterführung des Kampfes gegen eine immer monströsere Profitmaximierungsmaschine benötigt worden wären. Während die einen sich mit neuen Strategien in diesem Kampf auseinandersetzen und zum Teil in die Klandestinität abtauchten, verlegten sich die anderen einseitig aufs Produzieren, Veranstalten und Verwalten von Kultur, was ihnen den Reformismusvorwurf eintrug. Sie selbst warfen den anderen Lustfeindlichkeit und Sektierertum vor. So zerbröselte der einst hoffnungsvolle Ansatz, politischen Kampf und kulturelle Äusserung zu fusionieren und daraus entspringende Synergien zu gewinnen...



Unwürdige Unterbringung von Asylsuchenden

D. Schaufelberger

Klammheimlich hat die Justiz- und Polizeidirektion im letzten Herbst für Asylbewerber, die ohne Familie einreisen eine neue Phase der Unterbringung eingeführt. Die Flüchtlinge werden in Zivilschutzbunkern einquartiert und von der Sicherheitsfirma ORS bewacht.

Bis anhin waren für den Aufenthalt von AsylbewerberInnen während der Dauer ihres Verfahrens zwei Phasen vorgesehen. Die ersten sechs Monate sollten sie in einem Durchgangszentrum verbringen, wo ihnen in Kursen die Grundlagen der Deutschen Sprache und wesentliche Informationen über das Leben in der Schweiz vermittelt wurden. Auch sollten sie in diesen Zentren jederzeit für die Befragungen durch die Fremdenpolizei erreichbar und sofort abkömmlich sein. In der zweiten Phase dann wurden sie in die einzelnen Gemeinden transferiert, wo sie in gemieteten Wohnungen oder wiederum in Gemeinschafts-Unterkünften auf den definitiven Entscheid des BFF bezüglich ihres Asylgesuchs zu warten hatten.

Begründet mit einem angeblich „herrschenden Notstand“ werden nun im Kanton Zürich seit einigen Monaten mehrere hundert männliche Flüchtlinge unter absolut inakzeptablen Umständen in Zivilschutzbunkern festgehalten. Ohne Tageslicht, mit Minimalversorgung und völlig ungenügenden Geldmitteln. Pro Woche werden jedem 14 Franken ausbezahlt.

Es sind im Kanton Zürich zur Zeit vier solcher Anlagen in Betrieb, nämlich in Uster, Erlenbach, Zollikon und Winterthur. Ausser Winterthur werden alle Bunker von der Firma ORS geführt, die auch in mehreren Kantonen Durchgangszentren leitet und schon öfters durch äusserst rigorose Behandlung von Asylsuchenden aufgefallen ist.

Ein Augenschein

TAXI schloss sich einer Delegation der Menschenrechtsorganisation „augenauf“ an, um den in Uster untergebrachten Flüchtlingen einen Solidaritätsbesuch abzustatten. In einem zwanzigminütigen Fussmarsch gingen vom Bahnhof SBB ins öde Niemandland zwischen Autobahn und Schiessanlage. Die Gäste wurden von den Asylbewerbern freundlich empfangen und durch die offene schwere Beton-Schleusentür in die engen unterirdischen Gänge geleitet. Im Gemeinschaftsraum von der Grösse eines mittleren Schulzimmers wurden die mitgebrachten Lebensmittel und Zigaretten ausgepackt und ein Imbiss genossen. Die herbei geeilten ORS-Angestellten liessen uns vorerst gewähren und so kamen wir mit den Bewohnern ins Gespräch.

Die Mahlzeiten seien knapp bemessen, gekocht werde ohne Rücksicht auf herkunftsbedingte Essgewohnheiten und am Sonntag entfalle gar aus betrieblichen Gründen das Mittagessen, so die als erste geäusserte Kritik. Die Flüchtlinge können es sich nicht leisten Esswaren einzukaufen, geschweige denn auswärts zu essen. Auch die Unterbringung in den engen Bunkerräumen - geschlafen wird in schmalen Betten, von denen drei

Reihen übereinanderliegen - ist gesundheitsschädigend. Platzangst, Schwindel und Erstickungsgefühle sind bekannte Symptome.

Im Ustermer Bunker sind etwa 70 bis 80 Personen untergebracht. Ihnen stehen drei WCs und eine Dusche zur Verfügung! Unterhaltungsmöglichkeiten: 1 TV-Apparat und 1 Schachspiel für 80 Leute. Die schwere Eingangstür wird ab 24.00h für die Nacht geschlossen - wer bis dann nicht heimgekehrt ist, bleibt draussen. Seife, Zahnpasta und weitere Gegenstände des täglichen Gebrauchs wie Rasierzeug und dergleichen können in lausiger Qualität von der ORS bezogen werden. Bezahlt wird von den 14 Franken wöchentlichem Sackgeld.

Diese Art der Unterbringung entspricht weitgehend den Forderungen, wie sie die SVP seit etlichen Jahren für AsylbewerberInnen fordert. Geradezu ideal verbindet sich dieses Konzept mit den Vorgaben des New Public Management: Die Privatfirma ORS tritt als eine von mehreren Bewerberinnen um die Asylmandate im Kanton auf. Bei Annahme eines Mandats für ein Zentrum wirtschaftet die Firma auf eigene Rechnung. Die Pauschalen, welche vom BFF pro Flüchtlingsperson abgeben werden, zur Zeit 16 Franken pro Tag, bilden die Grundlage der Kalkulation. Davon kann nun etliches eingespart werden, was sich dann in minderwertigen Leistungen für die Unterbrachten äussert. So wird das repressive Regime strukturell und mit simplen Kosten/Nutzen-Überlegungen rechtfertigbar. Humanitäre Werte bleiben auf der Strecke, aber Herr und Frau Schweizer sind's mehrheitlich zufrieden. Die „Attraktivität“ der Schweiz als Asylland kann erfolgreich gesenkt werden.

Passt ins Bild

Die Ereignisse der letzten Wochen im Durchgangszentrum Mettlen in Appenzell ergänzen sich fatal zum Obengesagten. Mit einem Hungerstreik protestierten AsylbewerberInnen gegen das repressive und schikanöse Regime in ihrer Unterkunft, vor allem gegen die zweimal tägliche Meldepflicht. Der Zentrumsleiter reagierte sehr ungehalten und mit rassistischen Äusserungen. Die kantonale Regierung antwortete auf die Forderungen mit der Ausschaffung eines Teils der Hungerstreikenden in andere Kantone, um ihren Widerstand zu brechen.

Gegen diese Massnahmen und für die Solidarität mit den Flüchtlingen versammelten sich mehrere Gruppierungen, darunter Sans-Papiers-Kollektive, augenauf, Die Grünen Schweiz Ende Januar in Appenzell zu einer Demo. Laut Beteiligten hätten sie noch selten so eine eisige, aggressive Stimmung an einer Demo erlebt. Die GafferInnen seien zu 100 Prozent gegen die Anliegen der Kundgebung gewesen und hätten dies lautstark bis handgreiflich kundgetan. Mehr denn je ist also jegliche Solidarität mit den bedrängten Asylsuchenden bitter nötig!